



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 256
18. Wahlperiode / Nr.36
19. Juni 2015

FAMILIEN BESSER UNTERSTÜTZEN UND FÖRDERN

Liebe Leserinnen und Leser!

Die jüngsten Meldungen sollten uns alarmieren: Deutschland ist das geburtenärmste Land der Welt - selbst in Japan werden prozentual mehr Kinder geboren. Familien sind zugleich Herz und Motor unserer Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns als Union im Bundestag schon immer für eine stärkere Förderung von Familien und für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Dazu gehört die intensive Förderung von Bildung sowie die Schaffung von Chancengleichheit und genug Betreuungsangeboten.

Herzlichst, Ihr

Ein besonderes Merkmal der Union ist unsere erfolgreiche Finanzpolitik. In dieser Woche konnten wir erneut auf beachtliche Weise verdeutlichen, wie Familien- und Finanzpolitik zusammenspielen. Durch die gute Wirtschafts- und Finanzpolitik sind wir nun in der Lage, Arbeitnehmer und Familien um bis zu 5 Milliarden Euro zu entlasten - ganz ohne Steuern zu erhöhen. Wie notwendig dieser Schritt ist, verdeutlicht vor allem die Entwicklung der Geburtenrate in Deutschland innerhalb des letzten halben Jahrhunderts.

Im Jahr 2013 war Deutschland der geburtenärmste Mitgliedstaat in der Europäischen Union. Zwei Jahre später ist es nun auch traurige Gewissheit, dass die Bundesrepublik sogar im internationalen Vergleich Schlusslicht ist. Mit 2,54 Geburten pro Frau erreichte

Deutschland 1967 den höchsten Stand und konnte sich auch international im oberen Mittelfeld positionieren. Heute hat sich dieser Wert fast halbiert. Mit 1,38 Kindern pro Frau im Jahr 2012 ist die Geburtenrate rückläufig. Auch das Bevölkerungswachstum erreichte 2012 ein Rekordtief von -1,7 Prozentpunkten. Diese Fakten verdeutlichen, dass wir uns nicht nur mit der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe beschäftigen sollten, sondern einen deutlich stärkeren Fokus auf die Förderung von Familien mit Kindern legen müssen. Hier ist vor allem die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familie Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Deshalb sorgen wir mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages und des Kindergeldzuschlages dafür, dass

es einen Anstieg der verfügbaren Einkommen geben wird und Alleinerziehende einen höheren Entlastungsbetrag geltend machen können. Zusätzlich erhöhen wir die Kinderfreibeträge in den kommenden zwei Jahren um mehr als 230€ und stellen auch ein erhöhtes Kindergeld in Aussicht.

Diese Beschlüsse passen sich in unsere familienfreundliche Politik ein. Mit der erheblichen finanziellen Unterstützung des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuung, der Einführung eines Rechtsanspruchs für unter Dreijährige alte Kinder auf einen Betreuungsplatz sowie dem Eltern- und Betreuungsgeld haben wir in den letzten Jahren eine Menge für die Förderung von Familien und Kindern getan. Das muss auch in Zukunft so bleiben.

TERMINAUSWAHL

22.06.2015Rednereinsatz bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Länder in *Magdeburg***24.06.2015**Rednereinsatz beim CDU-Kreisparteitag Hannover-Land in *Burgdorf***25.06.2015**Rednereinsatz bei der Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbands Niedersachen e.V. in *Isernhagen***26.06.2015**Teilnahme an der Abschlussveranstaltung der „Talentschmiede U20“ in *Buchholz*

DEUTSCHLANDS ANTEIL AM FRIEDEN

Bereits letzte Woche wurde an dieser Stelle über die *Kosove FORce (KFOR)* Mission berichtet, an der auch die Bundeswehr beteiligt ist. Diese Woche hat der Bundestag nun in einer namentlichen Abstimmung nicht nur die Verlängerung der Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen der Vereinten Nationen (UN) im Kosovo, sondern auch die UN-Missionen in Mali (MINUSMA) und im Libanon (UNIFIL) beschlossen. Mit 35 Jahren ist UNIFIL (*United Nations Interim Force in Lebanon*) eine der wohl ältesten aktiven Blau-

helmissionen in der Geschichte der UN. Mit der Ergänzung des Mandats im Jahr 2006 unterstützt die Bundeswehr mit durchschnittlich 150 Soldaten die libanesische Regierung bei der Sicherung der Seegrenzen und der Bekämpfung des Waffenschuggels. 30 Nationen stellen mehr als 10.000 Soldatinnen und Soldaten für die Durchsetzung des Mandats bereit. Das Operationsgebiet erstreckt sich über eine Fläche von rund 16.000 Quadratkilometern und ist in etwa so groß wie das Bundesland Schleswig-

Holstein. Die Rolle der Bundeswehr in der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) konzentriert sich auf Versorgungsflüge sowie die Ausbildung und Beratung von militärischem Personal der malischen Armee im Kampf gegen die islamistischen Rebellen. Derzeit sind rund 150 Soldatinnen und Soldaten in Mali und dem Senegal (als Versorgungstützpunkt) stationiert. Wir stellen fest: Deutschland übernimmt mehr Verantwortung in der Welt.

KALTE PROGRESSION BEKÄMPFEN

Alle Einkommenssteuerzahler werden ab 2016 vom Abbau der kalten Progression profitieren. Unter der kalten Progression versteht man die ungleiche Entwicklung der Steuerbelastung und des Lohnniveaus. Mit dem *Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlages* trägt

erneut die unionsgeführte Bundesregierung dafür Sorge, dass eine milliarden-schwere Entlastung für die tragenden Säulen unserer Gesellschaft, nämlich Arbeitnehmer und Familien, kommen wird. Damit wird endlich eine zentrale Forderung der Union umgesetzt. Bei der Ausgestaltung des Gesetzes, das nun

in zweiter und dritter Lesung beraten und beschlossen wird, hat sich die Union vor allem nach den Erkenntnissen des Existenzminimumsberichts gerichtet. Mit diesen Mitteln können wir die kalte Progression noch besser bekämpfen, als es ohnehin bereits geschieht.

MGB UNTERWEGS

Auch in dieser Sitzungswoche war MGB wieder gut unterwegs. Am Sonntag wurde er vom ZDF („Berlin direkt“) zu der Zukunft Griechenlands und der Haltung der Union in den laufenden Verhandlungen befragt. Am Montag nahm sich MGB dann während des politischen Alltagsgeschehens Zeit, um sich mit Franziska Schneider zu treffen. Die 18-jährige Abiturientin war im Rahmen

der Initiative „Jugend und Parlament“ zu Besuch in Berlin und konnte professionelle Politik hautnah miterleben. Am Donnerstag nutzte MGB die Gunst der Stunde und übergab Bundesverkehrsminister Dobrindt ein T-Shirt der Bürgerinitiative „X durch Y“ aus seinem Heimatort Brackel gegen den Bau der Y-Trasse. Der Minister nahm es mit Humor: eine Entscheidung werde dadurch



natürlich nicht beeinflusst. In fast allen Wahlkreisgemeinden regt sich Widerstand gegen die geplante Trasse. Verständlich, denn der Kreis Harburg ist bereits sehr stark durch die vorhandene Verkehrsinfrastruktur belastet.



© M. Gapfel / pixelio.de

